

Das Medienimperium des Alfred Hugenberg

Sprachrohr der Deutschnationalen in der Weimarer Republik

Alfred Hugenberg hatte mit starker Unterstützung seiner Freunde aus der Posener Zeit – führender Herren aus der Schwerindustrie und dem Bankwesen, mit denen er geschäftlich und politisch bereits seit Jahren eng verbunden war – während des Ersten Weltkrieges ein wirkungsvolles Medienimperium geschaffen. In den Klassenkämpfen der Weimarer Republik wurde es zur Heimstatt der deutschnationalen, militaristischen und weit rechts stehenden Kräfte im Kampf gegen den Marxismus, gegen Sozialdemokraten und „Bolschewisten“.



Hugenberg und Hitler in Bad Harzburg

Eine Vielzahl der Aktivitäten zur Formierung des Hugenberg-Konzerns erfolgte in diesen Jahren diskret, oft sogar konspirativ, über die „Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte“, wie sich die Dachorganisation des Konzerns unter Vorsitz Hugenbergs nannte. Die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Stützen des weitverzweigten Unternehmens waren der Vierer-Ausschuß der Schwerindustrie (Hugenberg, Kirdorf, Stinnes, Beukenberg), der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Alldeutsche Verband. Die Ostdeutsche Privatbank (OPRIBA) fungierte als zentrale Holdinggesellschaft des Konzerns. Deren Aufsichtsratsvorsitzender war Alfred Hugenberg. Die OPRIBA beeinflusste die Siedlungs- und Genossenschaftsbanken sowie kleinere Industriebanken. Das ganze Geflecht wirkte sich auf alle Geschäftsfelder des Hugenberg-Konzerns aus. Hierzu gehörten die Allgemeine Anzeigen GmbH (A-A), der Wirtschaftsteil für die Provinzen (WIPRO), die Vera-Verlagsanstalt GmbH, die MUTUUM-Darlehens AG, die

Telegraphen-Union (TU), die ALTERUM-Bank, die August-Scherl-Verlag GmbH und die Universum-Film AG (UFA).

Das Ende des Ersten Weltkrieges, die deutsche Novemberrevolution und die Oktoberrevolution in Rußland paßten Hugenberg und dessen Freunden absolut nicht ins geistige, politische und wirtschaftliche Konzept. Ihr Imperium geriet durch die Zuspitzung der revolutionären Ereignisse 1918/19 mächtig unter Druck. Am 9. November 1918 wurden Druckerei und Redaktion des Scherl-Blattes „Berliner Lokal-Anzeiger“ durch Vertreter der Spartakusgruppe mit Hermann Duncker besetzt. Aufgrund des schändlichen Doppelspiels des rechten SPD-Führers und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert im besonderen verjagten Soldaten bereits zwei Tage später die roten Redakteure wieder aus Hugenbergs Verlagsräumen. Nun waren für dessen Imperium alle Bedingungen gegeben, um den rechtsgerichteten Kräften, die nicht nur von den „im Felde unbesiegten deutschen Truppen“ sprachen, sondern auch die später in der Weimarer Verfassung festgeschriebenen demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution angingen, eine feste politische Stütze zu sein.

Von den etwa 4220 Zeitungen, die man 1914 zugrunde legte, gab es 1928 nur noch 3356. Hugenbergs Publikationen überdauerten, und neue folgten. Hierzu zählten „Scherl-Magazin“ (1924), „Scherl-Wohnungszeitung“ (1927), „Denken und Raten“ (1928), „Filmwelt“ (1929), „Europastunde“ (1929) und „Berlin hört und sieht“ (1932). Das Übergewicht lag bei den bürgerlichen Zeitungen.

Für die SPD-Presse gab man 1926 eine Auflagenhöhe von 1,1 Millionen und für die KPD-Presse von 286 000 an. Die Kommunisten verfügten 1930 in Deutschland über 37 Zeitungen. 1928 waren bereits 27,3 % der deutschen Blätter rechtsge-

richtet, 52,7 % wurden von einer Gruppe dominiert, die dem Charakter nach als bürgerlich-konservativ eingestuft werden konnte. Hugenbergs Nachrichtenagentur TU versorgte über 1600 Zeitungen mit Meldungen für die städtische und ländliche Bevölkerung. Es war eine Chance, viele Menschen auf die Positionen der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) zu bringen. Hugenbergs VERA war an 60 Zeitungsverlagen beteiligt. Sie trug wie die 18 eigenen Zeitungen des Scherl-Verlages und jene 27 Blätter, bei denen der Hugenberg-Konzern eine Mehrheitsbeteiligung besaß, systematisch zur Verbreitung faschistoiden „Gedankenguts“ bei. Unterstützend wirkte die Matern-Gesellschaft WIPRO, die seit 1924 für die Veröffentlichung von Reden, Leitartikeln und Berichten sorgte, in denen eine „Volksgemeinschaft“ propagiert wurde. So schuf man die geistige Plattform gegen die SPD-Regierung und die KPD, besonders aber auch gegen die Sowjetunion und deren ersten Fünfjahrplan.

Die Hugenbergischen Medien, von der Presse bis zum Film, kontrollierten indirekt die „Drähte zu den Gehirnen der Menschen“, wie es ein mit der Materie vertrauter Autor formulierte. Alle journalistischen Produkte des Hugenberg-Konzerns übten eine Wirkung aus, wie sie später in der BRD nur noch Springer erreichte: Sie prägten die öffentliche Meinung.

Mit der Übernahme der UFA im Jahre 1927 wurde der Film immer wirkungsvoller für die politische Propaganda der DNVP, bis hin zur direkten und indirekten Verbreitung faschistischer Ideologie, genutzt. Besonders deutlich zeigte sich das bei den Reichstagswahlen zwischen 1930 und 1933.

Am „Versprühen“ des deutschnationalen Ungeistes waren Journalisten beteiligt, die oft von keiner Presseschule kamen – so Marineoffiziere, Juristen, Theologen.



Gründung der „Harzburger Front“, 1931

Leute aus wilhelminischen Kreisen boten die Gewähr für eine „nationale Haltung“. Unter ihnen befanden sich Militärs, die im 100 000-Mann-Heer der Weimarer Republik nicht mehr unterkamen und mit Hugenbergs Einstellungsverträgen auf die Politik der DNVP festgelegt wurden. Klaus Wernecke und Werner Heller verweisen in ihrem Buch „Der vergessene Führer – Alfred Hugenberg“ auf die Aussage Fritz Luckes, der vor 1933 u. a. Chefredakteur der „Berliner illustrierten Nachtausgabe“ war. Danach fand sich „für Sozialdemokraten, die ja damals noch weitgehend Marxisten und oft auch klassenkämpferisch eingestellt waren, im Scherl-Verlag natürlich kein Platz“. Dessen Blätter druckten auch keine Wahlanzeigen der SPD. Für die DNVP hingegen wurde im April 1928 im „Berliner Lokalanzeiger“ Wahlkampf gemacht. 1930 legte sich der „Tag“ noch stärker ins Zeug. Mit Anzeigen wie „Heute abend spricht Hugenberg im Sportpalast“, „Wählt euch frei – Liste 2“ oder „Hugenberg sagt: Wir wollen dem deutschen Arbeiter wieder Arbeit verschaffen, die der Marxismus ihm genommen hat“, wurde für die Rechten die Trommel gerührt. Im „Tag“ paarte man die traditionellen konservativen Leitbilder mit „neuen politischen Ideen“,

auch des italienischen Faschismus, die man auf die deutschen Verhältnisse übertrug. Den Faschisten war damals die Kaschierung gesellschaftlicher Gegensätze, die Unterdrückung sozialer Konflikte, das Abbringen der Volksmassen vom Klassenkampf wichtig, um eine breite Basis in allen Bevölkerungsschichten erringen zu können. Der Journalist Friedrich Hussong griff in seinen Leitartikeln den linken politischen Gegner an, wo er nur konnte. Seine Broschüre „Kurfürstendamm ...“, war eine Leitartikelsammlung von 1919 bis 1933. Sie enthielt rechtskonservative „Überlegungen“ und ging auf Positionen über, die den Nazis nahestanden. Verbrämt wurde der Gegensatz von Besitz und Nichtbesitz durch ständiges Suggestieren der „Volksgemeinschaft“, mit der man den „unseligen Klassenkampf“ überwinden könne. Der „Tag“ entwickelte sich immer mehr zu einem Sprachrohr, das die Faschisten direkt begünstigte. Das Blatt druckte Reden von NSDAP-Mitgliedern und Auszüge aus deren Schriften ab. So auch von Karl Litzmann, der von sich gab: „Gott verläßt keinen Deutschen ... und hat darum dem deutschen Volke einen Mann beschert, der ihm Führer sein will – Adolf Hitler.“ Stimmung wurde auch gegen die Arbeitslosenversicherung gemacht. Statt dessen

forderte man den unbezahlten Arbeitsdienst, wandte sich gegen Tariflöhne und verlangte „viel Liebe vom und zum Führer“, Reformen der Sozialpolitik, weil die Kassen Krankheiten geradezu züchteten und die Erwerbslosenversicherung nur die Erwerbslosigkeit stimuliere. Auch Hugenberg begab sich auf die Spur der Nazis. Im April 1931 versicherte er ihrer „Rassenlehre“ in einer Rede über „das Erbgut des deutschen Volkes“ seine volle Unterstützung. Der „Tag“ zitierte ihn, als er auf einer Kundgebung des militaristischen „Stahlhelm“, die im November 1931 in Dresden stattfand, als Redner auftrat:



Hitler und Hindenburg beim „Tag von Potsdam“, 21. März 1933

„Wir sind ein Volk ohne Raum.“ Friedrich Hussong und Eberhard von Meden nahmen in ihren Beiträgen, die dasselbe Blatt brachte, nicht nur den 10. Jahrestag des Versailler Vertrags zum Anlaß, chauvinistische Gefühle anzustacheln, sondern sprachen auch von der Schmach, die Deutschland angetan worden sei. Die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre verschaffte der Nazipropaganda zusätzlich Auftrieb. NSDAP-Redner in Berlin oder auf den Nürnberger Reichsparteitagen konnten sich der bevorzugten Beachtung durch die Hugenberg-Presse sicher sein. Stets wurde bei Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nazis für die Faschisten Partei ergriffen. Im Vorfeld der Reichstagswahl 1930 berichtete die „Berliner illustrierte Nachtausgabe“ unter der Schlagzeile „Die große entschiedene Rechte marschiert. Hitler sprach im Sportpalast“. In den Scherl-Blättern fand man Überschriften wie „Wähle entschieden rechts!“ Das Wahlergebnis: 107 Nazis zogen in den Reichstag ein – verglichen mit 12 im Jahre 1928. Das rechte Lager triumphierte. Der bevorstehende Schlag gegen den bürgerlichen Parlamentarismus, gegen KPD, SPD und Gewerkschaften, gegen das Weiterbestehen der Weimarer Republik zeichnete sich bereits deutlich ab. Die Leser waren für den eli-

tierten Hugenberg nur „der gesichtslose Block als Sockel zur Machtergreifung“. Mit seinem Medienimperium trug er maßgeblich dazu bei, daß sich in kurzer Zeit ein massiver Rechtsruck beim deutschen Bürgertum und den Bauern vollzog. Hugenbergs ideologische Artillerie unterstützte indirekt die NSDAP auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Gegen Ende der Weimarer Republik hatten die Scherl-Blätter in diesem Sinne eine politische Eigendynamik entwickelt. Heute – 76 Jahre nach dem Machtantritt des „Führers“ – stellt sich erneut die Frage, warum niemand die Reichskanzlerschaft

Hitlers, der übrigens erst 1932 die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatte, zu verhindern imstande war. In welchem Maße die Mächtigen der Großindustrie, der Banken, des Militärs und des Junkertums dazu beitrugen, wird bei der Entflechtung des Hugenberg-Imperiums besonders deutlich. Die Fäden wurden in den meisten Fällen von Personen im Hintergrund gezogen. Fritz Lucke, Chefredakteur der „Nachtausgabe“, notierte das Geschehen nach dem 30. Januar 1933: „Im Scherl-Verlag geschah es nun, daß sich eine ganze Menge Leute entpuppte. Zu unser aller Erstaunen erschien bei-

spielsweise Erich Schwarzer, Chefredakteur des ‚Lokal-Anzeigers‘, schon kurz nach dem 30. Januar in der Uniform eines SS-Obersturmführers. ... Aber das Schlimmste war dann, wie er zu Ludwig Klitzsch ging und den Generaldirektor ... allen Ernstes aufforderte, zurückzutreten. Der Verlag müßte eigentlich ihm übergeben werden. Viele Redakteure und Angestellte klappten ihr Jackenrevers um, und ein ‚Bonbon‘, das neue NS-Parteiabzeichen, wurde sichtbar.“ Kein Wunder, gehörte doch Alfred Hugenberg selbst dem ersten Hitler-Kabinetts als Minister an.

Die deutschen Faschisten zögerten 1933 nach der Gleichschaltung der Parteien keinen Augenblick, das gesamte Nachrichtenwesen unter ihre uneingeschränkte Kontrolle zu bringen. Die Medien der „deutschnationalen Front“ aber konnten unter Hitler ihre Tätigkeit im Dienste des deutschen Faschismus ungehindert fortsetzen. Viele Mitarbeiter des Hugenberg-Konzerns machten im NS-Staat Karriere und trugen in erheblichem Maße zur Verbreitung seiner Ideologie des Völker- und Rassenhasses, des Antikommunismus und der Vorbereitung des deutschen Volkes auf den faschistischen Raubkrieg bei.

Dietmar Wendler, Chemnitz

Religiös verbrämter Klassenkampf

Wie die nordirische Provinz Ulster zur britischen Kolonie wurde

Die Niederlage von 1601 im ersten irischen Nationalaufstand – angeführt von den Ulster-Chiefs Hugh O’Neill und Red Hugh O’Donnell – gegen die englischen Truppen unter Leutnant Mountjoy in Kinsale leitete die britische Kolonialisierung Ulsters ein. Bis dahin wurde die Provinz nur formal von der englischen Verwaltung in Dublin Castle regiert. Faktisch lebten und arbeiteten die einheimischen Iren unter dem Schutz der irischen Chiefs. Es gab nur wenige Engländer und eine kleine Militäreinheit an der Ostküste der Provinz, hinzu kamen schottische Presbyterier (vor allem in der Gegend von Belfast). Letztere waren weltlich und den Iren gegenüber aufgeschlossen. Sie pflegten ihre Religion in den Gemeinden und Grafschaften. Nach der irischen Niederlage von Kinsale wurde Mountjoy zum Lord-Leutnant von Dublin Castle (oberster englischer Stellvertreter in Irland) gemacht und setzte mit 5000 Soldaten zum Rachefeldzug in der County Tyrone an. Mit seinen Schergen metzelte er wahllos einheimische Männer, Frauen und Kinder nieder, wrackte ihre Häuser ab und vernichtete ihre Ernten. Lord Chichester wurde 1607 zum Gouverneur von Ulster ernannt, die Provinz von der britischen Krone konfisziert. Einige Chiefs machte man zu Lehnsherren ihres einstmals eigenen Landes und verpflichtete sie zu Profitabgaben an die britische Krone. Andere verloren ihren Landbesitz.

Schimpfwort Londonderry

Im Jahr 1609 eigneten sich mehrere London Companies für eine Zahlung von 200 000 Pfund an die britische Krone ein großes Gebiet von der Atlantikmündung des Flusses Foyle bis zum damals kleinen Städtchen Derry in der gleichnamigen County an – und nannten beides Londonderry. Das ist noch heute ein Schimpfwort für die republikanisch gesinnten Iren. Die London Companies kamen mit ca. 4000 Soldaten unter Captain John Dowcra und einigen schottischen Vertragskaufleuten. Dowcra und eine Reihe seiner Offiziere und Soldaten nahmen sich Land und vertrieben die einheimischen Iren entlang des Flusses Foyle und aus dem Zentrum der Stadt Derry. Sie errichteten rein englische Siedlungen und beanspruchten nach den Londoner Willkürgesetzen die alleinigen Rechte auf Fischfang, Handel und Abholzung von Wäldern. Sie begründeten auf diese Weise allmählich ihren imperialen Schiffshandel in alle Welt von der Stadt Derry aus. Die einheimischen Iren, in der Regel Bauern, wurden in die unfruchtbaren bergigen und moorigen Gebiete verbannt. Ihrer Lebensgrundlagen beraubt, verarmten immer mehr von ihnen.

Mit dem Einfall des britischen Puritanismus und Cromwells grausamen Feldzügen in Irland strömten zwischen 1645 und 1653 Tausende englische und schottische Kolonialisten nach Ulster. Während dieser Periode wurde auch die anglikanische Kirche zum Zeichen der protestantischen Vorherrschaft dort eingerammt. Irische Katholiken sollten keine Ämter mehr in staatlichen Institutionen und Magistraten bekommen, Reichtum und Privilegien für alle Zeiten allein Protestanten vorbehalten sein. Nur protestantische Arbeiter sollten in allen Berufen besser bezahlte Jobs bekommen sowie bei Wohnungs- und Arbeitsvergabe bevorzugt werden. Der Fundamentalprotestantismus wurde neben der nackten militärischen Gewalt und den Unterdrückungsgesetzen der Krone als ergänzende Waffe eingesetzt, um die kleine Klasse der Reichen/Landlords am Ruder zu halten.

Aber es gab auch Protestanten, die sich irisch fühlten und für die Abschaffung der britischen Herrschaft kämpften. Dafür standen beispielsweise Wolfe Tone und seine United Irishmen, die nach den Prinzipien der französischen Revolution im Jahr 1798 von Belfast aus einen bewaffneten Aufstand unternahmen.

Da England in zahlreiche Kriege verwickelt war und Irland als Mitzahler der Kosten brauchte, lockte es das 1782 errichtete und mit London verbundene korrupte Landlord-Parlament von Dublin mit lohnenden Versprechungen und die Iren mit der Gewährung von mehr Emanzipation in die Falle der britischen Union. Das einfache Volk war zwar gegen einen Beitritt, besaß aber kein Wahlrecht. So stimmte die in Irland herrschende kleine Minderheit dem Act of Union (Vereinigungsgesetz) zu. Danach löste sich das Landlord-Parlament von Dublin selbst auf und vereinigte sich zum britischen Imperialparlament von Westminster. Am 1. Januar 1801 trat das Gesetz in Kraft. Alle irischen Gesetzesvorschläge mußten von nun an in Westminster eingereicht und von dort genehmigt werden. Die Briten brachen ihre Versprechen. Es gab keine Emanzipation für das irische Volk. Und Irland wurde u. a. verpflichtet, sich finanziell an den englischen Kriegskosten zu beteiligen.

Rolle der Oranier

Während um 1800 die industrielle Revolution in Teilen Ulsters einen Run auf dortige Jobs durch verarmte Arbeiter erzeugte, fand zugleich ein Kampf um das ländliche Gebiet statt. Ihren Höhepunkt erreichten die religiös verbrämten Auseinandersetzungen 1795, als protestantische Farmer nach einer siegreichen

zweitägigen Schlacht im Dorf Diamond (County Armagh) den geheimen Oranierorden gründeten, der sich dann landesweit organisierte. Sehr schnell erkannten die Landlords diese Organisation als Machtinstrument und nutzten es aus. Fast jeder protestantische Landlord, einflußreiche Magistrat und Politiker trat den Oranieren bei. Bald hatten viele Städte und ländliche Orte eine Loge.

London und die irischen Landlords erzeugten künstlich die große Hungersnot (1845–1850), als in Irland die Kartoffelfäule ausbrach und sie Hilfe „wegen der Gesetze des freien Marktes“ verweigerten. Das Ergebnis waren fast vier Millionen Hungertote, Massenvertreibungen durch Landlords „wegen nicht bezahlter Mieten“ und Emigrationswellen. Nahezu drei Viertel der Bevölkerung gingen so verloren. Zugleich transportierten irische Schiffe jede Woche Schafe, Kühe, Schweine, Fisch und Getreide im Wert von 22,5 Millionen Pfund nach England zu den Castles der dort Herrschenden. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde das irische Verlangen nach Selbstbestimmung stärker und militanter.

Bauerngruppen gingen in ganz Irland gegen brutale Landlords vor, stahlen oder töteten das Vieh, wenn Bauern vertrieben wurden. Der Marxist Michael Davitt gründete 1876 die revolutionäre Irische Land-Liga der Bauernschaft. Ihre Ziele: „Irisches Land für das irische Volk, Unabhängigkeit für Irland.“ Die Liga führte in verschiedenen Counties einen Guerillakampf gegen Landlords, schützte Bauern vor der Vertreibung und zwang die Haus- und Grundbesitzer, Wuchermieten zu senken oder zu erlassen. Eine Reihe von Landlords wurde getötet. Dies geschah auch in Süd-Ulster. Der Landkrieg der Bauernschaft führte dazu, daß der liberale britische Premier Gladstone 1876 einen lauwarmen Gesetzesvorschlag für etwas mehr Selbstbestimmung einbrachte – allerdings mit Verbleib Irlands innerhalb des britischen Empire.

Spielball der Briten

Irland wurde weiterhin zum Spielball Londons, wobei es eigentlich allein um den Machtkampf zwischen konservativen Tories und Liberalen in Westminster ging. Denn Gladstone dachte nur an die Behauptung seines Postens und die politische Gunst der irischen Abgeordneten aus den Mittelschichten. Nach langem Hin und Her im britischen Parlament und heftigen Protesten aus Ulster wegen pflaumenweicher Zugeständnisse spalteten sich 1885 in Westminster Radikal-Liberale unter der Führung von Randolph Churchill mit großem Getöse

von den Liberalen ab. Churchill fuhr im Februar 1886 nach Belfast und „zog die Oranierkarte“, wie er selbst sagte. In einer aufpeitschenden und hetzerischen Rede stachelte er seine 20 000 Zuhörer an. „... Wenn unsere [englische] Regierung per Gesetz Ulster aufgibt, soll jeder Ulstermann zum Verteidigungskampf bereit sein ...“. Noch am gleichen Abend zog ein Mob tausender Oranier durch die Katholikenghettos von Belfast, zündete Häuser an, schlug Katholiken zusammen und tötete einige von ihnen.

Während die Briten die industrielle Entwicklung von Ulster förderten, es als ihr imperiales Bollwerk erkannten und immer unterstützten, verhinderten sie zugleich eine industrielle Entwicklung im zunehmend aufbegehrenden südlichen/westlichen Teil Irlands. Das führte dazu, daß die kleine, aber reiche protestantische Ulster-Kaste unbedingt im britischen Empire verbleiben wollte. Hier zeigten sich bereits erste sichtbare Abspaltungstendenzen von Irland.

Paramilitärs der Landlords

Als die Forderung nach Selbstbestimmung aus dem irischen Süden immer heftiger und nun permanent ein Westminster-Gesetz dazu vorgegaukelt wurde, schufen Ulster-Gutsbesitzer eine illegale paramilitärische Miliz – die Ulster Volunteer Force (U.V.F.). Sie wurde 1913 mit Hilfe des britischen Generals George Richardson ausgebildet und von London stillschweigend geduldet. Bereits 1912 hetzte eine Schlüsselfigur der extremen Protestanten Edward Carson – ein irischer Anwalt und Abgeordneter im Westminster-Parlament – zum Widerstand gegen die „Home Rule Bill“ (Selbstbestimmungsgesetz) auf und organisierte zugleich eine „feierliche Unterzeichnung des heiligen Vertrags der Gegenwehr“ in Belfast, den 400 000 Männer und Frauen unterschrieben.

1914 schmuggelten die Führer der U.V.F. Waffen und Munition in großem Stil von England in den Hafen von Larne (nahe Belfast). Nachts erfolgten deren Verteilen und Verstecken an verschiedenen Punkten in Ulster.

Als dann feststand, daß ein Selbstbestimmungsgesetz für Irland kommen würde, brach der 1. Weltkrieg aus, und die weitere Beratung wurde verschoben. 1918 drohten die Ulster-Führer und Abgeordneten Carson und James Craig in Westminster gegenüber dem britischen Premierminister Lloyd George, die Provinz werde sich einem Gesetz zur irischen Selbstbestimmung nicht beugen und beim britischen Empire verbleiben. Lloyd George war ein Betrüger der übelsten Sorte. Er betrieb ein doppelbödiges Spiel gegenüber Irland. So sicherte er den Ulster-Führern noch vor Verabschiedung eines Gesetzes in geheimen Gesprächen zu, daß Ulster im britischen Empire bleibe, während er der irisch-republikanischen Seite nichts von einer Teilung Irlands erzählte.

Allerdings lag die Teilung Irlands auch im Interesse der britischen Imperialisten. Wenn diese schon nicht in der Lage waren, für immer ganz Irland im Empire zu halten, dann sollte es wenigstens Ulster sein. Denn Irland galt als strategisch wichtiger Außenposten des britischen Empire. Als 1920 in Westminster das entscheidende Regierungsgesetz von Irland (Government of Ireland Act) verabschiedet wurde, war der Ulster-Verbleib im Empire besiegelt. Die Ulster-Führer und ihr Unionistenrat mußten nur noch wissen, mit wieviel Territorium eine protestantische Regierungsmehrheit zustande käme. Denn der erste Premierminister der zukünftigen Nordirland-Regierung,

James Craig, gab schon frühzeitig zu verstehen, daß sein künstlicher Staat ein protestantischer sein sollte, ohne politische und soziale Rechte für die große katholische Minderheit (38,5% der Bevölkerung). Mit den bisherigen neun Counties bestand keine protestantische Majorität in Ulster, da Donegal, Cavan und Monaghan jeweils eine große katholische Bevölkerungsmehrheit hatten. Deshalb ließ London diese drei Counties fallen. Aber selbst in Tyrone und der Stadt Derry gab es noch eine katholische Bevölkerungsmehrheit.

Als nach dem Unabhängigkeitskrieg im Herbst 1921 die anglo-irischen Verhandlungen über die Zukunft Irlands mit der britischen Seite unter Führung von Lloyd George begannen, täuschte dieser die republikanischen Iren noch einige Male, als es um die irischen Gebietsansprüche ging. Er machte der republikanischen Verhandlungsseite heuchlerisch Hoffnungen, daß Ulster ökonomisch nicht lebensfähig sei und daher bald unter die Rechtsprechung der Dublin-Regierung fallen würde. Außerdem sollte eine paritätisch zusammengesetzte Grenzkommission zur Ermittlung konfessioneller Bevölkerungsmehrheiten geschaffen werden. Das war ein abgekartetes Spiel, denn als Craig sich weigerte, diese Kommission anzuerkennen, gab ihm Lloyd George in einem geheimen Gespräch schon vorab die Zusicherung, daß das Territorium nicht verändert würde.

Teilung besiegelt

Am 14. Juni 1921 wurde die Teilung Irlands durch die Eröffnung des Nordirland-Parlaments besiegelt. Doch bereits seit 1919 aktivierten Craig und seine extremen Ulster-Protestanten-Führer heimlich wieder die U.V.F. und bauten die illegalen Paramilitärs Ulster Special Constabulary (U.S.C.) auf, aus denen zunächst die berüchtigten A-, B- und C-Specials und dann die ebenfalls übel beleumdeten Paramilitärs Royal Ulster Constabulary (R.U.C.) hervorgingen. Im Oktober 1920 hatten allein die B-Specials eine Stärke von 20 000 bis 30 000 Mann. Später waren es bis zu 40 000. Von 1920 bis 1927 förderte die britische Imperial-

regierung durch Winston Churchill verdeckt den Aufbau der illegalen Ulster-Paramilitärs mit 6,85 Millionen Pfund, trotz seines Wissens um deren gewalttätiges sektiererisches Treiben. Diese Einheiten bestanden von Anfang an ausschließlich aus Protestanten. Von 1920 bis 1922 erfolgte in Ulster ein Pogrom, bei dem Oraniermobs und Paramilitärs über 1500 katholische Familien aus ihren Häusern in Belfast und umliegenden Orten vertrieben, über 100 Personen töteten, eine unbekannte Anzahl verletzten und ganze Straßenzüge niederbrannten oder abwrackten.

Die Heimsuchung der großen katholischen Minderheit ging dann über die Jahrzehnte kontinuierlich weiter – sowohl durch gewalttätige Übergriffe von Oraniermobs (auch mit Hilfe des britischen Militärs) als auch durch politische und soziale Diskriminierung (etwa bei Arbeits- und Wohnungsvergabe).

Zu einem Höhepunkt der britischen Militäraggression wurde das Jahr 1969, als die Bürgerrechtsbewegung mit einer großen Demonstration in der Stadt Derry gleiche Rechte einforderte. Britische Fallschirmjäger lösten sie mit Gewehrschüssen in die Menge gewaltsam auf, töteten dabei einen Demonstranten und verletzten mehrere schwer. Londoner Regierungspolitiker versprachen Aufklärung. Doch bis heute wurde keiner der damals verantwortlichen Militärs angeklagt.

Haß auf die IRA

Die Europäische Union hat die Augen vor dem Unterdrückungssystem in Ulster verschlossen und sich nicht geäußert. Noch parteiischer handelte die Europäische Wirtschaftsunion (EWU). Als 1973 Irland und Großbritannien in diese eintreten wollten, verlangte Großbritannien, daß Irland nur aufgenommen werden sollte, wenn es die katholische Irische Republikanische Armee (I.R.A.) zu Terroristen erkläre. Dagegen wurden die terroristischen Protestanten-Organisationen wie etwa die Ulster Defense Army (U.D.A.) – die vor allem in Belfast die No-Go-Areas für Katholiken errichteten und vor Morden nicht zurückschreckten – als Normalität betrachtet. Entsprechend verhielt sich die EWU dann auch.

Das 1998 von Tony Blair initiierte sogenannte Ulster-Friedensabkommen hat den sozial und finanziell benachteiligten Menschen in den Ghettos der Städte nach zehn Jahren noch keine materielle Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gebracht. Profitiert haben von dem Abkommen bis jetzt nur die britischen Machtzirkel und die kleine, reiche Oligarchie der schon ewig in Ulster Herrschenden.

Klaus Buchheister, Bremen